

Wie unter TOP 1 beschlossen, wurde TOP 6, „Einführung von Bewohnerparkvorrechten in den Wohnquartieren ‚Europaring‘ und ‚Spichelsfeld/Blumenviertel/von-Claer-Straße‘“, DS-Nr. 22/0437 vorgezogen und vor TOP 4, „Knotenpunkt B56/Reinold-Hagen-Straße/Bundesgrenzschutzstraße“, DS-Nr. 22/0480, behandelt.

Herr Gleiß verwies auf die Informationsveranstaltung zu diesem Thema vom 19.10.2022, bei der die Konzeption für die beiden Quartiere „Europaring“ und „Spichelsfeld“ vorgestellt wurde.

Die Fragen, die in der Veranstaltung, vorher und nachträglich gestellt wurden, seien verwaltungsseitig aufgearbeitet und beantwortet worden.

Die Antworten und die damalige Präsentation seien der Sitzungsvorlage beigelegt.

Er wies darauf hin, dass es sich bei der Konzeption und der Umsetzung des Anwohnerparkens um eine Pilotphase handelt.

Man wolle es einführen, aber auch schauen, welche Evaluation nach einem Jahr durchzuführen ist und wo Verbesserungsbedarf besteht. Es sei eine Art Erprobungsphase.

Herr Willnecker (FDP-Fraktion) wollte wissen, ob man u. U. zwei Ausweise bekommen kann, aber dann für beide zahlen muss.

Herr Müller teilte ihm hierzu mit, dass man für jedes einzelne Fahrzeug im Haushalt einen Bewohnerparkausweis erwerben kann.

Herr Puffe (CDU-Fraktion) wies darauf hin, dass man nach der Bürgerversammlung in den Beratungen nun an einem Punkt angekommen sei, wo es eine Entscheidung zu treffen gilt, auch eine Entscheidung für oder gegen den Vorschlag der Verwaltung zum Thema „Anwohnerparken“ in den genannten Bereichen.

Man habe sich lange damit befasst, weil seit Langem klar sei, was in diesem Zentrum entstehen soll und die letzten Flächen vor der Realisierung stehen.

Die Gutachten hätten sehr eindeutig und eindrucksvoll gezeigt, dass sich Verdrängungseffekte ergeben werden, wenn die bestehenden Plätze nicht mehr zur Verfügung stehen.

Man sei der Überzeugung, dass diese Verdrängungseffekte in die Wohngebiete ausstrahlen werden, wenn keine Parkraumbewirtschaftung eingeführt wird.

Er bedankte sich bei der Verwaltung für die Durchführung der Bürgerversammlung, die Beantwortung der dort gestellten Fragen und in die Einarbeitung in diese aktuelle Beschlussvorlage.

Die CDU-Fraktion könne einer Testphase zustimmen, die aus ihrer Sicht an den Zeitpunkt der Einführung der Parkraumbewirtschaftung gekoppelt sein soll.

Es mache aus ihrer Sicht keinen Sinn, in den Wohngebieten etwas einzuführen, so lange der Verdrängungseffekt noch nicht eintreten kann und wird.

Es solle zeitgleich mit dem Wegfall der freien Flächen einhergehen.

Und dann gelte es, das Ganze zu evaluieren und zu schauen, wo die Stellschrauben sind und welche Handlungspunkte sich daraus ergeben.

Somit würde die CDU-Fraktion der Verwaltungsvorlage zustimmen, mit dem Hinweis, dass es dann starten soll, wenn der Wegfall der freien Stellplätze im Zentrum erfolgt.

Es sei aber wichtig, auch eine Möglichkeit zu schaffen, dass man auch im Rathaus den Ausweis beantragen kann und nicht nur digital.

Frau Bäsch (SPD-Fraktion) bestätigte, dass Vieles aus der Bürgerinformationsveranstaltung in die Vorlage eingeflossen ist.

Man habe aber vom Zeitlichen her ein kleines Problem.

Es gebe eine relativ neue Rechtsprechung des Verwaltungsgerichts Köln, die sich mit dem Begriff „Parkraumdruck“ befasse.

Von den Bewohnern habe man den Wunsch wahrgenommen, erst mal zu schauen, wie sich dieser mögliche Parkdruck entwickelt, und es dann erst umsetzen.

Man schlage vor, erst mal zu schauen, wie sich dieser Druck aufbaut.

Herr Heikaus (Fraktion Aufbruch!) berichtete, dass seine Fraktion zur Überlegung gekommen sei, die Einführung zu verschieben, da gar nicht bekannt ist, ob da überhaupt Erwartungen entstehen werden. Bei der Baumaßnahme im HUMA habe der Parkplatz auch nicht zur Verfügung gestanden. Daher solle man erst mal abwarten, was sich im Laufe der Zeit ergibt, und dann evtl. die vorgesehene Maßnahme durchzuführen.

Daher werde der Aufbruch dem nicht zustimmen.

Herr Metz betonte, dass die Parkflächen im Zentrum bewirtschaftet und die kostenlosen Parkplätze an der Fachhochschule wegfallen werden. Daraus habe man politisch gemeinsam den Auftrag abgeleitet, dass ein Konzept nötig ist, um den absehbaren Parkdruck in den umliegenden Wohngebieten zu verringern, zu steuern und zu beherrschen.

Das habe die Verwaltung ausgeführt. Es sei kein besonders beliebtes Thema bei der Bevölkerung.

Wenn man jetzt erst mal abwarte, bis der Parkplatz weg ist, um dann anzufangen, dann laufe man hinterher.

Es sei wichtig zu betonen, dass die Verwaltung das ausgeführt hat, was die Politik vorgegeben hat.

Herr Puffe bestätigte, dass es ein langer Prozess war, den man immer einstimmig über Jahre hinweg gegangen sei.

Man habe jetzt schon, gerade in den Bereichen hinter der Südstraße, einen Parkdruck. Die Verkehrsplaner hätten verdeutlicht, was allen klar sei, nämlich, dass die Autos sich neue Plätze suchen. Die könnten ja nur in den Nachbarstraßen sein, wenn es darum gehe, dort den ganzen Tag zu stehen. Ansonsten gebe es genügend freie Plätze im Parkhaus im HUMA.

Herr Gleß teilte mit, dass die Verwaltung es zeitlich hinbekommen würde. Es gehe natürlich auch um Klarheit, nicht nur für die Verwaltung, sondern auch für die Anwohner, die auch wissen wollen, wie sie in diesen Vierteln disponieren müssen.

Im diesem Sinne wäre es gut, wenn möglichst rasch eine Entscheidung getroffen würde.

Sitzungsunterbrechung 18:35 Uhr bis 18:40 Uhr

Frau Bäsch teilte mit, dass ihre Fraktion dieser Vorlage nach der Beratung so zustimmen könne und sich freuen würde, wenn die möglichen Fragen noch kurzfristig von der Verwaltung noch beantwortet würden.

Herr Müller erklärte, bundesweit werde es in vielen Kommunen so gehandhabt, dass es Besucherparkausweise gibt. Die Preisspanne gehe „von... bis“.

Die Verwaltung habe 1 € pro Tag vorgeschlagen.

Und das würde man mit einem möglichst einfachen Verfahren auch so umsetzen wollen, z. B. 10 Ausweise im Block, mit der Möglichkeit, Tagesdatum und Kennzeichen einzutragen, oder auch digital.

Über die Punkte des Beschlussvorschlags wurde getrennt abgestimmt: